Wölfin in der Rhön erlegt: Erster Abschuss in Bayern seit Jahren

In Unterfranken wurde eine Wölfin nach mehreren Schafattacken erschossen. Dies ist der erste Wolfsabschuss seit Jahren in Bayern.

Im malerischen Unterfranken, im äußersten Nordwesten Bayerns, sorgt der kürzliche Abschuss einer Wölfin für Schlagzeilen und hitzige Diskussionen. Der Vorfall steht im Zusammenhang mit dem Schutz von Weidetiere, nachdem mehrere Schafe in der Region auf tragische Weise zu Tode kamen. Zunächst genehmigte die Regierung von Unterfranken Anfang August den Abschuss des Wolfes. Dies geschah auf Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes, welches dem anhaltenden Konflikt zwischen Mensch und Tier rechtliche Aspekte verleiht.

In der Nacht von Montag auf Dienstag wurde die Wölfin in der Hohen Rhön erlegt. Experten des bayerischen Umweltministeriums berufen sich darauf, dass dies der erste Abschuss eines Wolfs im Freistaat seit mehreren Jahren darstellt. Diese Maßnahme folgt einer ganzen Reihe von Übergriffen auf durch Herdenschutz gesicherte Weidetiere in der Region. So kam es zwischen Juni und Juli zu mehreren Vorfällen, die einem bestimmten Tier, der Wölfin mit der Bezeichnung GW3092f, zugeordnet werden konnten.

Der Vorfall der Schafattacken

Die Situation eskalierte erneut in der Nacht von Sonntag auf Montag, als sechs Schafe getötet und vier verletzt wurden. An

diesem Tatort erkannte die unterfränkische Regierung die Möglichkeit eines Wolfsangriffs. Der Druck auf die Behörden nahm zu, und in der darauf folgenden Nacht fiel die Entscheidung, die Wölfin abzuschießen. Ob es sich tatsächlich um GW3092f handelt, kann jedoch erst nächste Woche durch Untersuchungen geklärt werden.

Die genehmigte Tötung der Wölfin wirft Fragen auf, da die Diskussion über den Umgang mit Wölfen in Bayern nicht erst seit heute ein kontroverses Thema ist. Die Wolfsschutzverordnung, die im Mai verabschiedet wurde, hatte den Abschuss der Tiere erleichtert, wurde jedoch im Juli durch das bayerische Verwaltungsgericht wieder außer Kraft gesetzt. Diese unklare Rechtslage schafft enorme Unsicherheit für Landwirte, die um ihre Tiere fürchten.

Der Widerstand und die Forderungen nach Änderungen

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger von den Freien Wählern hat ebenfalls immer wieder gefordert, die Rahmenbedingungen für den Abschuss von Wölfen zu lockern. In den letzten Wochen nahm der Widerstand gegen den hohen Schutzstatus der Wölfe zu. Der Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld, Thomas Habermann von der CSU, wandte sich stark an Bund und Umweltministerium und forderte eine Absenkung des Schutzstatus für Wölfe. Er verwies darauf, dass allein im Juli in der Region zahlreiche Tiere, darunter fünf Ziegen und sieben Schafe, Opfer von Wölfen wurden.

Mit einer hohen Anzahl von Angriffen auf Nutztiere, die bereits dokumentiert sind, wächst auch der Druck auf die Politik. Statistiken zeigen, dass zwischen Ende September 2023 und Ende Juli 2024 in der Region 32 Einträge von Tieren verzeichnet sind, die durch Wölfe zu Tode kamen. Dies schürt nicht nur Ängste, sondern zwingt die Regierung, Konzepte und Regelungen für den Umgang mit diesen opportunistischen Raubtieren zu überdenken.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Diskussion um den Wolf in Bayern symptomatisch für einen größeren Konflikt zwischen Naturschutz und den Interessen der Landwirtschaft ist. Die Menschen sind besorgt über den Schutz ihrer Tiere, während gleichzeitig der Erhalt der Artenvielfalt nicht aus den Augen verloren werden darf. Diese Thematik erfordert in der Zukunft sowohl pragmatische Lösungen als auch einen respektvollen Dialog zwischen den betroffenen Parteien.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de